



COVID-19 – Newsletter 97

26.11.2021

Noch immer stehen aufgrund der aktuellen Situation drei Handlungsfelder im Bemühen der Städte und Gemeinden:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Der kommunalen Ebene kam und kommt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19 Pandemie zu. Lokale Verantwortlichkeit, Kenntnis der Bedingungen vor Ort und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern waren und sind zentrale Erfolgsfaktoren der Pandemiebekämpfung.

Nun gilt es, auf den gewonnenen Erfahrungen aufzubauen und alles daran zu setzen, die kommunalen Leistungen im Sinne der Allgemeinheit bestmöglich auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. Fest steht: Städte und Gemeinden werden weiterhin einen entscheidenden Beitrag leisten – bürgernah, engagiert und verantwortungsvoll.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken. Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gemeinsam schaffen wir es auch weiterhin.

Für tagesaktuelle Informationen möchten wir auf die online-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen (https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite).

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:
https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	3
1. Aktuell im RIS	3
2. EMA empfiehlt Biontech-Impfstoff für Kinder.....	3
3. Mückstein beharrt auf Lockdown-Ende nach 20 Tagen	4
4. Distance Learning ab zweitem Infektionsfall in der Klasse	4
5. Regierung weitet Sonderbetreuungszeit aus.....	5
6. Kurzarbeit wird bis Ende März 2022 verlängert.....	5
7. ExpertInnen rechnen mit weiter steigenden Spitalszahlen	6
8. Warum die dritte Impfung so wichtig ist.....	7
9. Sektenbericht mit Fokus auf Verschwörungstheorien	7
10. Österreich untersagt Einreise aus südafrikanischen Ländern	7
11. Zahl der Sterbefälle auf bisherigem Höchststand 2021	8
12. Informationsmaterialien des BMSGPK rund um die Corona -Schutzimpfung	8
Aus den Bundesländern.....	9
1. NÖ: Sanitätsdirektion warnt vor Corona-Partys.....	9
2. NÖ: Spitäler über "systemkritischer Auslastungsgrenze".....	9
3. LandesbildungsreferentInnen wollen an jetziger Regelung festhalten	9
Aus den Städten und Gemeinden.....	10
1. Wien unterstützt Salzburg in Covid-Krise - Vier Intensiv-PatientInnen werden überstellt	10
2. "Impfen ist Mord" auf Bus in OÖ - Lenker fristlos entlassen	10
3. Causa Ischgl - Staatsanwaltschaft stellte Ermittlungen ein.....	11
4. Bürgermeister von CoV-Maßnahmen-Gegnern bedroht.....	11
Europa und International	12
1. WHO: Halbe Million Menschen in Europa durch Impfung gerettet	12
2. Ruf nach schärferem Lockdown in den Niederlanden.....	12
3. Dänemark führt wieder Maskenpflicht ein.....	12
4. Impfeuropameister Portugal verordnet sich erneuten Lockdown.....	13
5. Frankreich: Run auf Boosterimpfung nach Regelverschärfung.....	13



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **23. November 2021** herausgegeben:

[BGBL. II Nr. 482/2021](#)

Änderung der Nummernübertragungsverordnung 2012

[BGBL. II Nr. 483/2021](#)

Erhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmegesetz

[BGBL. III Nr. 167/2021](#)

Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums

[BGBL. III Nr. 168/2021](#)

Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen

[BGBL. III Nr. 169/2021](#)

Geltungsbereich des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen

[BGBL. III Nr. 170/2021](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche

[BGBL. III Nr. 171/2021](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **24. November 2021** herausgegeben:

[BGBL. II Nr. 484/2021](#)

Postbus – Bezügeverordnung 2021

[BGBL. II Nr. 485/2021](#)

Festsetzung des Anpassungsfaktors für das Jahr 2022

[BGBL. II Nr. 486/2021](#)

Zustellung und Vollstreckung im Europäischen Wettbewerbsnetz

[BGBL. II Nr. 487/2021](#)

Anwendung der Kronzeugenregelung des Wettbewerbsgesetzes

Folgendes Bundesgesetzblatt wurde am **25. November 2021** herausgegeben:

[BGBL. II Nr. 488/2021](#)

3. Novelle 2021 der Geflügelpest-Verordnung 2007

2. EMA empfiehlt Biontech-Impfstoff für Kinder

Die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) hat grünes Licht für den Einsatz des CoV-Impfstoffs von Biontech und Pfizer bei Kindern im Alter von fünf bis elf Jahren gegeben. Der zuständige EMA-Ausschuss empfahl eine Erweiterung der Zulassung. Die finale Entscheidung muss noch von der Europäischen Kommission gefällt werden. Das gilt aber als Formsache.



Auch NIG empfiehlt CoV-Impfung ab fünf Jahren

Nach der Entscheidung der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) empfiehlt auch das Nationale Impfgremium den Einsatz des CoV-Impfstoffs von Biontech und Pfizer bei Kindern im Alter von fünf bis elf Jahren empfohlen. Das sagte Ursula Wiedermann-Schmidt vom NIG bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein. Mückstein bezeichnete zuvor die von der EMA getroffene Entscheidung als gute Nachricht. Der Gesundheitsminister verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass auch Kinder schwer erkranken können und appellierte an alle Eltern, ihre Kinder impfen zu lassen. Österreich habe bislang bei Biontech-Pfizer 258.000 Dosen Kinderimpfstoff für Österreich bestellt.

3. Mückstein beharrt auf Lockdown-Ende nach 20 Tagen

Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein beharrt darauf, dass der Corona-Lockdown für Geimpfte am 13. Dezember endet. Mit einem Zielwert bei der Infektionsentwicklung wollte er dies am Mittwoch nach Ministerrat nicht verknüpfen. Auch an den offenen Schulen will die türkis-grüne Bundesregierung nicht rütteln. Beschlissen wurde in der Regierungssitzung die Bestellung neuer Corona-Medikamente von Pfizer und Merck, die Anfang kommenden Jahres eintreffen sollen.

Mückstein unterstrich, dass der Lockdown für alle als "Ultima Ratio" notwendig geworden sei, um die Spitäler - speziell die Intensivstationen - und das Gesundheitspersonal zu entlasten. Die neueste Prognose der Experten "lässt ein kleines bisschen Hoffnung zu, meinte er: "Die Maßnahmen der letzten Tage zeigen Wirkung, die Dynamik der Infektionen dürfte sich leicht einbremsen."

Einen Zielwert bei den Neuinfektionen, den man zur Aufhebung des Lockdowns erreichen müsse, wollte er allerdings nicht nennen. Er verwies lediglich darauf, dass laut Experten eine Kontaktreduktion um dreißig Prozent erreicht werden müsse, damit die Positivtestungen zurückgehen. Klar sei, dass für Ungeimpfte die Einschränkungen auch nach den 20 Tagen weitergehen würden. "Meine Aufgabe als Gesundheitsminister ist es, dass die intensivmedizinische Versorgung aller Menschen in Österreich gesichert ist", wiederholte er mehrmals während der Pressekonferenz.

Zuversicht verströmte er, was die Behebung der Mängel bei den Testkapazitäten betrifft. Dies sei zwar Landessache, man unterstütze die Bundesländer aber seitens des Gesundheitsressorts. Besserung versprach er für kommende Woche.

Zudem habe man nun Medikamente bestellt, die sich derzeit in Zulassung befinden und die "sehr hoffnungsfroh stimmen". Von Molnupiravir von Merck & Co (MSD) will man insgesamt 80.000 Therapiezyklen zu je 612 Euro beschaffen, von Paxlovid von Pfizer 270.000 Zyklen (hier gibt es noch keinen Preis). Insgesamt sind im Budget 50 Mio. Euro für diese Beschaffungen vorgesehen. Sie werden über den entsprechenden EU-Mechanismus, zum größeren Teil aber bilateral abgewickelt. Sollte es teurer werden, kann auf den Covid-19-Krisenfonds des Finanzministeriums zugegriffen werden, geht aus dem Ministerratsvortrag hervor.

Die Impfung könnten diese Medikamente nicht ersetzen, für chronisch Kranke und Risikopatienten seien sie aber sehr wichtig. Was man dafür noch finden müsse, seien entsprechende ambulante Settings, so Mückstein. Die Präparate müssen nämlich zwischen dem dritten und fünften Tag eingenommen werden. Ins Spital kämen die Patienten aber meist erst am sechsten Tag.

4. Distance Learning ab zweitem Infektionsfall in der Klasse

Klassen sollen künftig bundesweit ab dem zweiten Corona-Infektionsfall für mindestens fünf Tage ins Distance Learning geschickt werden. Darauf haben sich Bildungs- und Gesundheitsministerium verständigt, hieß es gegenüber der APA.

Allerdings muss dies auch noch mit den Ländern akkordiert werden. Die Regelung soll spätestens am kommenden Montag in Kraft treten, präzisierte Bildungsminister Heinz Faßmann im ORF-"Report".

Damit würden die Schulen bzw. Schulbehörden de facto Teile der Aufgaben der Gesundheitsbehörden in diesem Bereich übernehmen. In den vergangenen Wochen hatten vor allem LehrervertreterInnen und DirektorInnen wiederholt beklagt, dass vor allem in Salzburg und Oberösterreich immer wieder SchülerInnen trotz Kontakts mit infizierten



Klassenkameraden nicht oder erst verspätet abgesondert wurden und weiter den Unterricht besuchten. Zuletzt forderten sie deshalb, die Entscheidung über eine Quarantäne selbst treffen zu dürfen und erst im Nachhinein durch die Gesundheitsbehörde absegnen zu lassen. Bisher lief das Nachhause schicken der Kinder über die jeweiligen Quarantäne- bzw. Kontaktpersonenregeln, die von den Gesundheitsbehörden der Länder verhängt wurden. Diese hätten eigentlich nach ähnlichen Direktiven vorgehen sollen - also Quarantäne ab mehreren Fällen in einer Klasse. Da das Contact Tracing in mehreren Bundesländern aber de facto zusammengebrochen ist, wurde dies oft nicht eingehalten. Salzburg etwa schickte ab Anfang November nur infizierte Kinder nachhause.

Künftig soll die Regel lauten: Sollte in einer Klasse ein Infektionsfall auftreten, muss nur das betroffene Kind daheimbleiben. Für alle anderen Kinder läuft der Unterricht weiter, sie müssen aber fünf Tage lang täglich testen. Ab dem zweiten Fall in der Klasse wechselt die gesamte Klasse nach Rücksprache mit der jeweiligen Bildungsdirektion ins Distance Learning. Dort verbleiben die Kinder in der Regel für fünf Tage. Anschließend muss ein Test absolviert werden - wenn möglich ein PCR-Test. Dann können die (negativen) Kinder wieder zurück in den Präsenzunterricht. Bisher schickten die Gesundheitsbehörden die Kinder also in Quarantäne (oder auch nicht), wodurch sich bei entsprechenden Fallzahlen in einer Klasse Distance Learning ergeben konnte. Künftig soll die Schule in Absprache mit der Bildungsbehörde direkt das Distance Learning verordnen können. Die Maßnahme muss noch mit den Ländern abgestimmt werden, betonte man im Gesundheitsministerium gegenüber der APA.

5. Regierung weitet Sonderbetreuungszeit aus

Die türkis-grüne Bundesregierung will die Regelung für die Sonderbetreuungszeit dahin gehend präzisieren, dass sie künftig auch vereinbart werden kann, wenn Regelunterricht stattfindet. Dies gab Arbeitsminister Martin Kocher am Mittwoch bekannt. Ein Rechtsanspruch besteht aber weiterhin nur dann, wenn Schulen behördlich geschlossen sind und keine alternative Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung steht.

Die aktuelle Regelung sieht vor, dass Sonderbetreuungszeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbart werden kann, wenn Schulen geschlossen sind, jedoch eine Betreuungsmöglichkeit in den Schulen zur Verfügung steht. Keine Möglichkeit dazu gibt es derzeit, wenn der Regelunterricht in den Schulen aufrechterhalten wird. Das soll nun geändert werden. Die gesetzliche Klarstellung sei gerade in Abstimmung, hieß es.

Rückwirkend ab dem 22. November, also dem ersten Tag des aktuellen Lockdowns, soll nun auch Sonderbetreuungszeit vereinbart werden können, wenn die Schulen zwar offen sind, Eltern ihre Kinder aber aufgrund des Lockdowns zu Hause betreuen wollen, erklärte Kocher. Ein Rechtsanspruch bestehe in diesem Fall aber nicht. Den gibt es weiterhin nur dann, wenn Schulen behördlich geschlossen sind und es darüber hinaus keine alternative Betreuungsmöglichkeit gibt, hieß es. Der Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit im Fall der Quarantäne eines Kindes bleibe freilich aufrecht.

Die Sonderbetreuungszeit für Eltern wurde mit Anfang September neuerlich eingeführt. Die vorherige Regelung war im Juli ausgelaufen. Erstmals war die Sonderbetreuungszeit ab März 2020 möglich. Berufstätigen Eltern stehen in Summe bis zum 31. Dezember 2021 drei Wochen Sonderbetreuungszeit zur Verfügung. Der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin erhält wie bisher 100 Prozent der Entgeltkosten ersetzt.

6. Kurzarbeit wird bis Ende März 2022 verlängert

Die CoV-Kurzarbeit wird bis Ende März 2022 verlängert. Das kündigte ÖVP-Arbeitsminister Martin Kocher heute bei einer Pressekonferenz an. Weiters erhalten Beschäftigte, die bereits zehn Monate oder länger in Kurzarbeit sind, einmalig eine Zahlung von 500 Euro netto. Saisonbetriebe im Tourismus bekommen eine „Saisonstarthilfe“ für die Einstellung von Fachkräften.

Die CoV-Kurzarbeit gilt für besonders betroffene Betriebe. Sie wäre ursprünglich zu Jahresende ausgelaufen und wird nun bis Ende März verlängert. Weiters werden die Rahmenbedingungen erleichtert.



Unternehmen werden drei Wochen Zeit haben, die CoV-Kurzarbeit rückwirkend zu beantragen, und bekommen trotzdem die Unterstützung in voller Höhe. „Nützen Sie die Kurzarbeit“, appellierte ÖGB-Chef Wolfgang Katzian an die betroffenen Betriebe, denn damit würden die Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Bonus für lange andauernde Kurzarbeit

Beschäftigte, die lange in Kurzarbeit sind, werden extra unterstützt und erhalten einen Bonus von 500 Euro netto. Voraussetzung ist, dass sie im November 2021 in Kurzarbeit waren und seit März 2020 insgesamt zehn Monate oder länger für Kurzarbeit angemeldet waren.

Den Bonus für „Langzeit-Kurzarbeitende“ bekommen nur jene, deren Bemessungsgrundlage kleiner als 50 Prozent der Höchstbemessungsgrundlage ist. Auch Arbeitnehmer in „Trinkgeldbranchen“ werden ab Dezember besonders unterstützt.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3237998/>

7. ExpertInnen rechnen mit weiter steigenden Spitalszahlen

Drei Tage nach Inkrafttreten des österreichweiten Lockdown geht das Covid-Prognosekonsortium von einem weiter steigenden Bedarf an Spitalsbetten für Covid-19-Patientinnen und -Patienten vor allem im intensivmedizinischen Bereich (ICU) aus. Was die Infektionen mit SARS-CoV-2 betrifft, sehen die ExpertInnen eine beginnende Stagnation auf hohem Niveau. Ein weiterer Rückgang der Neuinfektionen ist aber dringend notwendig, um das epidemiologische Geschehen in den Griff zu kriegen.

Die ExpertInnen nehmen in ihrer wöchentlichen Vorschau an, dass die Sieben-Tage-Inzidenz (Neuinfektionen in den vergangenen sieben Tagen je 100.000 EinwohnerInnen, Anm.) nicht mehr signifikant steigen wird. Am heutigen Mittwoch war sie bei 1.108 zu liegen gekommen. In der laufenden Kalenderwoche 47 (22. bis 28. November) "ist ein Höhepunkt der vierten Epidemiewelle (...) wahrscheinlich", ist der Expertise des Konsortiums zu entnehmen. Auch Abwasseranalysen und Mobilitätsdaten würden auf eine Stagnation des Infektionsgeschehens hindeuten, heißt es dort. Das Prognosekonsortium gibt allerdings zu bedenken: "Aufgrund der hohen Belastung bzw. teilweiser Überlastung von Testinfrastruktur, Meldesystem und Kontaktpersonenverfolgung sind die aktuell gemeldeten Inzidenzen jedoch mit Unsicherheit behaftet. Entsprechend muss diese Prognose im Falle erheblicher Nachmeldungen in den nächsten Tagen neu evaluiert werden."

Was die Auslastung der Krankenhäuser anlangt, verweisen die ExpertInnen auf den "Zeitverzug zwischen Infektionserwerb und Hospitalisierung". Aufgrund dessen sei "in den nächsten 14 Tagen noch nicht mit einer Entspannung in den Spitälern zu rechnen und ein weiterer Anstieg des ICU-Belags wahrscheinlich". Dieser könnte dann in der ersten Dezember-Woche "abflachen bzw. leicht zurückgehen", deutet das Prognosekonsortium an, warnt jedoch zugleich vor vorzeitigem Aufatmen auf Seiten der Verantwortungsträger: die mögliche Abflachung erfolge "auf sehr hohem, teilweise systemkritischem Belagsniveau von über 600 belegten Intensivbetten".

Konkret beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass die systemkritische Auslastungsgrenze von 33 Prozent im ICU-Bereich in einer Woche - am 1. Dezember - in Österreich erreicht wird, 30 Prozent. Deutlich höher liegt die Wahrscheinlichkeit in Oberösterreich (90 Prozent), Vorarlberg (85 Prozent), Salzburg (70 Prozent), Niederösterreich (60 Prozent) und Kärnten (45 Prozent). Am geringsten ist die Wahrscheinlichkeit in der Steiermark (fünf Prozent) und in Wien (zehn Prozent).



8. Warum die dritte Impfung so wichtig ist

Laut den neuesten Empfehlungen des Nationalen Impfgremiums (NIG) können sich in Österreich alle Erwachsenen schon vier Monate nach dem Zweitstich ein drittes Mal impfen lassen. Eine israelische Studie zeigt, wie wirksam die dritte Dosis ist: Sie senkt nicht nur das Risiko, selbst zu erkranken. Auch die Wahrscheinlichkeit einer Übertragung ist geringer.

Die Antikörper sinken bei vielen sechs Monate nach der zweiten Impfung deutlich ab. Deshalb ist es für bestimmte Personengruppen wichtig, dass sie die dritte Dosis eher früher erhalten, sagt Judith Aberle vom Institut für Virologie an der Med Uni Wien: „Wir wissen, dass ältere Menschen von vornherein niedrigere Antikörper auf die Impfung bilden, und sie haben gleichzeitig auch ein höheres Risiko, schwer zu erkranken“, so die Virologin.

Mehr dazu: <https://science.orf.at/stories/3209979/>

9. Sektenbericht mit Fokus auf Verschwörungstheorien

Die Bundesstelle für Sektenfragen liefert in ihrem aktuellen Jahresbericht einen Überblick über CoV-Verschwörungstheorien und gibt Tipps für den Umgang mit ihren Anhängern.

Die schon vorher beobachtete Ausbreitung von esoterischen Medizin- und impfkritischen Verschwörungserzählungen erreichte in der Pandemie einen „neuen Höhepunkt“, heißt es im Bericht. Insgesamt haben sich 2020 1.637 Personen an die Bundesstelle gewandt, in 462 Fällen gab es auch psychosoziale Beratung.

Die Bundesstelle für Sektenfragen dient seit 1998 als Anlaufstelle zu allen „sektenähnlichen Aktivitäten“. Viele der Verschwörungstheorien um die CoV-Pandemie stuft die Bundesstelle als „extrem und irrational“ ein. Außerdem verweist der Bericht auf Überschneidungen der schon vor CoV Medizin- und impfkritischen Esoterikszene mit der „Querdenker“-Bewegung.

Tipps zum Umgang mit Verschwörungstheorien

Im persönlichen Umgang rät die Bundesstelle dazu, Betroffenen mit Interesse zu begegnen, eher Fragen zu stellen, als Monologe zu halten, und gerade zu Beginn auf „Fake News“ bzw. Verschwörungstheorien mit Fakten zu antworten.

Werden Gegenargumente von vornherein abgewiesen, dann wird eher dazu geraten, sich auf das Hinterfragen der Quellen von Verschwörungstheorien zu beschränken. Denn wer ein „geschlossenes Weltbild“ entwickelt habe, bei dem „werden Fakten und Informationen wenig Wirkung zeigen, sie können sogar kontraproduktiv wirken, weil sich die Person um so mehr in ihrer Verteidigungshaltung eingräbt“, heißt es im Jahresbericht.

Begegnet sind der Bundesstelle solche Fälle in der Beratungstätigkeit. So wird im Tätigkeitsbericht der Fall eines elfjährigen Kindes zitiert, dessen Eltern den Schulbesuch verhinderten – aus Angst, bei den Coronavirus-Tests würde dem Kind ein Mikrochip eingepflanzt. Die Bundesstelle für Sektenfragen verfügt gerade einmal über fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – davon zwei Vollzeit- und drei Teilzeitbeschäftigt.

10. Österreich untersagt Einreise aus südafrikanischen Ländern

Österreich und andere EU-Länder wie Tschechien und Italien haben prompt auf die Empfehlung von der Leyens reagiert und ein Einreisestopp für südafrikanische Länder ausgerufen. Südafrika, Lesotho, Botswana, Simbabwe, Mosambik, Namibia und Eswatini werden als Virusvariantengebiete eingestuft und Einreisen aus diesen Ländern seien daher grundsätzlich untersagt, teilte das Gesundheitsministerium mit. Die Novelle tritt um Mitternacht in Kraft.

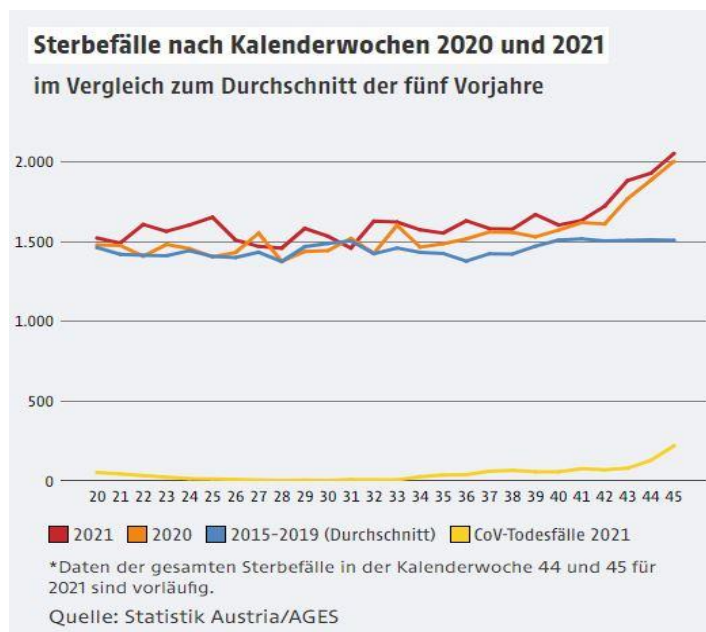
Österreichische StaatsbürgerInnen seien zur Einreise berechtigt, hätten aber besonders strenge Quarantäneregeln – zehntägige Quarantäne, PCR-Test bei der Einreise, Registrierung – einzuhalten. Zusätzlich werde ein Landverbot für Flüge aus diesen sieben afrikanischen Ländern verhängt.



11. Zahl der Sterbefälle auf bisherigem Höchststand 2021

In der zweiten November-Woche 2021 ist die Zahl der Sterbefälle in Österreich auf den bisher höchsten Wert des Jahres gestiegen: Laut vorläufigen Ergebnissen der Statistik Austria starben in der 45. Kalenderwoche 2.054 Personen. Nur in der dritten Kalenderwoche (18. bis 24. Jänner 2021 mit 2.009 Verstorbenen) lag die Zahl der Sterbefälle dieses Jahr bereits einmal über 2.000.

„In nerhalb einer Woche sind in Österreich 2.054 Menschen gestorben. Das sind um 36,1 Prozent mehr als im Fün fjahresdurchschnitt der gleichen Kalenderwoche des Vorkrisenzeitraums 2015 bis 2019“, sagte Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas. 2020 waren in der 45. Kalenderwoche weniger Personen (2.004) verstorben als 2021.



Grafik: orf.at

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3237828/>

12. Informationsmaterialien des BMSGPK rund um die Corona-Schutzimpfung

Die Corona-Schutzimpfung wirkt. Sie hilft nachweislich, die Pandemie einzudämmen. Geimpfte Personen sind besser vor einem schweren Krankheitsverlauf geschützt und leiden seltener an Spätfolgen. Um weit verbreiteter Verschwörungstheorien entgegenzuwirken und niederschwellig fachlich fundiert zu informieren, wurden vom Gesundheitsministerium vier „Faktenchecks“ veröffentlicht. Diese betreffen die Themen: Wirksamkeit der Impfung, Impfung bei Kinderwunsch und Schwangerschaft, 3. Impfung sowie weit verbreitete Mythen betreffend COVID-Impfungen.

Die vier jeweils 2-seitigen Folder finden Sie in der Archivdatei in **Beilage 1**.



Aus den Bundesländern

1. NÖ: Sanitätsdirektion warnt vor Corona-Partys

Meldungen über angebliche Corona-Partys in Niederösterreich haben „für tiefe Besorgnis“ gesorgt, sagt Landesgesundheitsdirektorin Irmgard Lechner. Dass sich Menschen mutwillig mit CoV infizieren wollen, um so einer Impfpflicht zu entgehen, sei nur schwer begreifbar.

Die Infektion könne zu schweren Erkrankungen mit Langzeitfolgen und unter Umständen auch zum Tod führen. „Wenn Sie selbst infiziert sind, bleiben Sie in Quarantäne und stecken Sie nicht absichtlich andere an. Abgesehen von dem menschlichen Leid, das Sie dabei auslösen können, kann das auch strafrechtliche Konsequenzen haben“, warnte Lechner am Donnerstag in einer Aussendung.

Mehr dazu: <https://noe.orf.at/stories/3131603/>

2. NÖ: Spitäler über "systemkritischer Auslastungsgrenze"

In Niederösterreich ist am Donnerstag mit 114 Corona-IntensivpatientInnen die "systemkritische Auslastungsgrenze" von 33 Prozent der Gesamtkapazitäten überschritten worden. Das bedeutete einen Anstieg um fünf Personen im Vergleich zu Mittwoch. Von insgesamt 334 Intensivbetten in den Landeskliniken waren laut Landesgesundheitsagentur (LGA) 114 mit Covid-19-Infizierten belegt und 138 mit Nicht-Corona-Patienten. Damit standen den Angaben zufolge 82 freie Plätze zur Verfügung.

Laut Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) ist bei Überschreitung des sogenannten Schwellenwerts für ein sehr hohes Systemrisiko davon auszugehen, "dass die Covid-19-Patienten bereits in deutliche Konkurrenz mit anderen intensivpflichtigen Patienten treten". Die Zahl der Corona-Patienten auf Normalstationen in Niederösterreich ist von zuletzt 482 auf 461 am Donnerstag gesunken. Zeitgleich meldeten die Behörden aber 21 Todesfälle binnen 24 Stunden in Niederösterreich.

Wie bisher werden elektive Eingriffe verschoben, damit Personal auf den Intensivstationen zur Verfügung steht. Im Bedarfsfall könnten auf Kräfte im Ruhestand zurückgegriffen werden. Fast ein Viertel der seit Anfang 2017 pensionierten ÄrztInnen und diplomierten Pflegekräfte hat sich auf Anfrage der LGA bereit erklärt, im Notfall zu helfen. "Sollte zusätzlicher Bedarf bestehen, werden in den Kliniken weitere Kapazitäten für Corona-PatientInnen geschaffen", teilte die LGA auf Anfrage mit.

3. LandesbildungsreferentInnen wollen an jetziger Regelung festhalten

Tirols Bildungslandesrätin Beate Palfrader sowie die Österreichische Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie (ÖGKJP) haben sich am Donnerstag für ein Offenhalten der Schulen ausgesprochen. "Wir halten daran fest, vom flächendeckenden Distance Learning Abstand zu nehmen", betonte Palfrader im APA-Gespräch. Nach einem virtuellen Treffen der Landesbildungsreferenten freute sich Ressortchef Heinz Faßmann am Nachmittag dann über Einigkeit in dieser Frage. Die TeilnehmerInnen hätten ein Bekenntnis zur offenen Schule abgegeben, berichtete Faßmann in einer Aussendung: "Schülerinnen und Schüler haben sich in der Pandemie solidarisch gezeigt. Sie mussten in den letzten 20 Monaten auf viel verzichten. In der jetzigen Phase der Pandemie haben sie ein Recht auf so viel Normalität und Unterstützung wie möglich. Ich bin froh, dass wir uns darüber einig sind." Besprochen wurde bei dem Treffen auch die weitere Ausrollung des zweiten wöchentlichen PCR-Tests auf Oberösterreich und Niederösterreich.

Zuvor hatte Palfrader argumentiert, dass man durch das regelmäßige Testen an den Schulen ein Kontrollinstrument habe, was das Infektionsgeschehen betreffe. Sie hoffe zu dem, dass die neu eingeführte Regelung, wonach ab dem zweiten Infektionsfall die ganze Klasse für fünf Tage ins Distance Learning müsse, greifen werde. Ob man den Winter ohne Schulschließungen überstehen werde, könne sie aber nicht vorhersagen.



Aus den Städten und Gemeinden

1. Wien unterstützt Salzburg in Covid-Krise - Vier Intensiv-PatientInnen werden überstellt

Derzeit werden in Salzburg 45 Covid-19-PatientInnen auf der Intensivstation betreut. Aus diesem Grund werden in der SALK vorsorglich weitere Intensivkapazitäten aufgebaut. Zusätzlich bringt die Überstellung von vier Covid-19-IntensivpatientInnen in dieser schwierigen Phase eine wichtige Entlastung. Die Aufstockung der Covid-19-Intensivbetten ist vorsorglich und umfasst 17 Betten. „Zudem haben wir bei der Stadt Wien angefragt, ob diese IntensivpatientInnen übernehmen kann. Wir danken dem Wiener Gesundheitsstadtrat Peter Hacker, mit dem wir immer schon sehr gute Beziehungen, über die Bundesländergrenzen hinweg, pflegen, für diese große Unterstützung. Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht immer das Wohl der PatientInnen. Diese solidarische Zusammenarbeit über Grenzen hinweg ist eine der Stärken in Krisenzeiten“, so Landeshauptmann Wilfried Haslauer und Landeshauptmann-Stellvertreter Christian Stöckl. In der Vergangenheit hat auch Salzburg PatientInnen in schwierigen Situationen übernommen, so wie letzte Nacht einen aus Oberösterreich oder im April 2020 jene drei aus Frankreich.

2. "Impfen ist Mord" auf Bus in OÖ - Lenker fristlos entlassen

Ein Busfahrer, der Freitagabend in Linz einen Bus des OÖ. Verkehrsverbundes (OÖVV) mit der Leuchtschrift "Impfen ist Mord" versehen hat, wurde nun ausgeforscht und fristlos entlassen. Drei Mitarbeiter städtischer Linzer Seniorenzentren, die unter dem Namen ihres Dienstgebers gegen die Impfpflicht demonstriert haben, müssen auch gehen.

Der Busfahrer sei dank mehrerer Zeugenaussagen zur Uhrzeit und Bildern, auf denen das Kennzeichen des Fahrzeuges zu sehen war, eindeutig identifiziert worden, berichtete der OÖVV in einer Presseaussendung am Mittwoch. Der Fahrer war für das Unternehmen Dr. Richard tätig, das sich von ihm trennte. Beide Verkehrsunternehmen hatten sich gleich nach dem Auftauchen der Bilder von der Botschaft distanziert.

Auch die SZL Seniorenzentren Linz GmbH griff nach einem fragwürdigen Auftritt dreier Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter bei einer Corona-Demo durch: Die Betroffenen waren am Wochenende in Wien mit einem Transparent mit der Aufschrift "Seniorenzentren Linz sagen Nein zur Impfpflicht" aufgetreten. Der Dienstgeber hatte sich distanziert und dienstrechtliche Konsequenzen angekündigt. Der Spruchvernehmte das Unternehmen "auf schädigende Art und Weise", spiegelte "in keiner Weise die Sicht des Unternehmens wider" und konterkarierte dessen Bemühungen um eine hohe Durchimpfungsrate zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner, begründete Vizebürgermeisterin und SZL-Aufsichtsratschefin Karin Hörzing die dienstrechtlichen Konsequenzen.

Der Linzer Gesundheitsstadtrat Raml sieht das hingegen anders: "Die Entlassung von Pflegekräften ist der falsche Weg aus der Gesellschaftskrise. Demonstrationsteilnehmer vom Arbeitsplatz zu verbannen, ist moralisch und rechtlich nicht vertretbar", kritisierte er. Er hätte eine Ermahnung für ausreichend gehalten und riet den Betroffenen via Presseaussendung, "ihren Betriebsrat zu konsultieren und die Entlassungen oder Kündigungen rechtlich zu bekämpfen". Es gebe in der Pflege ohnehin wenig Personal, das man daher "nicht vor den Kopf stoßen" sollte.



3. Causa Ischgl - Staatsanwaltschaft stellte Ermittlungen ein

Die Innsbrucker Staatsanwaltschaft hat die strafrechtlichen Ermittlungen in der Causa Ischgl eingestellt. "Es kommt zu keiner Anklage", teilte die Behörde am Mittwoch mit. Es gebe keine Beweise dafür, "dass jemand schuldhaft etwas getan oder unterlassen hätte, das zu einer Erhöhung der Ansteckungsgefahr geführt hätte", hieß es in der Begründung. Das Ermittlungsergebnis der Anklagebehörde - das bereits Ende Mai 2021 feststand - sei nun auch durch die Oberstaatsanwaltschaft Innsbruck, das Justizministerium und vom Weisungsrat geprüft worden. Im Verfahren wurden fünf Personen als Beschuldigte geführt. Dem Vernehmen nach handelte es sich dabei um Landesamtsdirektor Herbert Forster, den Landecker Bezirkshauptmann Markus Maß, den Ischgl-Bürgermeister Werner Kurz sowie zwei Mitarbeiter der Bezirkshauptmannschaft.

4. Bürgermeister von CoV-Maßnahmen-Gegnern bedroht

Seit mehr als drei Wochen finden in Gleisdorf jeweils an den Wochenenden sogenannte „Spaziergänge“ bzw. „Fackelwanderungen“ statt. Aufgerufen wird dazu über soziale Netzwerke, „Geimpfte wie Ungeimpfte“ seien willkommen: „Wir ‚ALLE‘ sind Menschen und lassen uns nicht Spalten (sic!), setzen wir ein ZEICHEN!!!“, ist laut APA online zu lesen.

Botchaften am Geschäft der Ehefrau hinterlassen

Zuletzt zogen bereits 1.500 bis 2.000 Menschen durch die oststeirische Kleinstadt – und sie hinterließen vor dem Haus des Bürgermeisters die genannten Botchaften. Weiters hing am Montag am Geschäft seiner Ehefrau ein Zettel mit den Worten: „Ihr korrupter Mann Christoph Stark spaltet die Gesellschaft. Er muss als Politiker sofort abdanken!!!“.

Für Stark ist damit eine Grenze überschritten, sagte er zur APA, „vor allem wenn es die Familie, also meine Frau betrifft“. Das Vorgehen der Demonstranten sei eine „Frechheit“, er stehe zu seinen Grundsätzen und seinen Worten; den Vorwurf der Korruption lasse er nicht gelten.

Mehr dazu: <https://steiermark.orf.at/stories/3131487/>



Europa und International

1. WHO: Halbe Million Menschen in Europa durch Impfung gerettet

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht davon aus, dass die CoV-Impfungen allein in Europa mindestens einer halben Million Menschen das Leben gerettet haben. Das in Kopenhagen ansässige Europabüro der WHO veröffentlichte gestern einen Bericht, wonach allein in der Altersgruppe über 60 in rund 30 europäischen Ländern seit Beginn der Impfkampagne insgesamt 470.000 Menschenleben gerettet wurden.

Die Altersgruppe unter 60 wird in der Schätzung nicht berücksichtigt. Die von der WHO veröffentlichte Erhebung greift auf die Daten von mehr als der Hälfte der 53 Länder der Europaregion zurück. Basierend auf diesen Zahlen geht die WHO davon aus, dass in England fast 160.000 Menschenleben gerettet wurden, in Frankreich rund 39.000. Für 20 Länder der Region lagen für die Erhebung keine Daten vor, darunter Deutschland, die Niederlande, Russland und die Türkei.

Die Studie zeige, dass die Impfstoffe das täten, was sie versprechen: „sie retten Leben, indem sie einen hohen Schutz vor schweren Verläufen und dem Tod bieten“, sagte WHO-Europadirektor Hans Kluge. „In manchen Ländern wäre die Todeszahl ohne die Impfstoffe heute doppelt so hoch.“

Quelle: <https://orf.at/stories/3237938/>

2. Ruf nach schärferem Lockdown in den Niederlanden

In den Niederlanden raten GesundheitsexpertInnen zu einem schärferen Lockdown. Restaurants und Geschäfte, die nicht den täglichen Bedarf anbieten, sollten ab 17.00 Uhr geschlossen bleiben, berichtete der Sender NOS.

Ministerpräsident Mark Rutte wird morgen neue Maßnahmen der Regierung vorstellen, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen. Derzeit sind die täglichen Neuinfektionen in den Niederlanden auf Rekordwerten.

3. Dänemark führt wieder Maskenpflicht ein

In Dänemark müssen die Menschen ab Montag in verschiedenen Alltagssituationen wieder einen Mund-Nasen-Schutz tragen. Eine Mehrheit im Epidemieausschuss des Parlaments billigte gestern am späten Abend die Wiedereinführung der Maskenpflicht unter anderem in öffentlichen Verkehrsmitteln und beim Einkaufen, wie mehrere Ausschussmitglieder dem Sender TV2 sagten.

Die dänische Regierung hatte angesichts stark gestiegener CoV-Zahlen und nach einer Empfehlung der Epidemiekommmission um diesen und weitere Schritte gebeten. Die Frage, ob Verkäufer im Einzelhandel ebenfalls eine Maske tragen müssen, wurde zunächst vertagt.

Tests weniger langgültig

Darüber hinaus wird die Gültigkeitsdauer von CoV-Tests verkürzt, wie Gesundheitsminister Magnus Heunicke TV2 sagte. Negative PCR-Tests werden nur noch 72 Stunden, Schnelltests 48 Stunden gültig sein. Das sind jeweils 24 Stunden weniger als zuvor.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3237992/>



4. Impfeuropameister Portugal verordnet sich erneuten Lockdown

Das Land mit der höchsten Impfquote der EU (87 Prozent der Bevölkerung sind doppelt geimpft) wird nach Weihnachten für eine Woche in den Lockdown geschickt. Die portugiesische Regierung nennt dies eine "Woche zur Eindämmung der Ansteckung". Der linke Regierungschef António Costa will verhindern, dass Portugal erneut mit voller Wucht von einer Corona-Welle getroffen wird. Vergangenen Jänner und Februar erlebte das Land seine tödlichste Covid-Welle. Die Intensivstationen standen kurz vor dem Kollaps. Selbst ausländische Hilfe wurde nötig.

5. Frankreich: Run auf Boosterimpfung nach Regelverschärfung

Eine Verschärfung der CoV-Regeln hat in Frankreich zu einem gewaltigen Ansturm auf Auffrischungsimpfungen geführt. Mehr als 1,2 Millionen Menschen vereinbarten alleine gestern einen Termin über die Website Doctolib, wie der in Frankreich viel genutzte Plattformbetreiber heute mitteilte.

Zu der Boosterimpfung sind in Frankreich alle Einwohner ab 18 Jahren aufgerufen, sobald ihre bisher letzte Impfung fünf Monate zurückliegt.

Ein Grund für den Ansturm dürfte sein, dass mit den verschärften Regeln der CoV-Pass von Menschen ungültig wird, die diese Auffrischung nicht innerhalb von sieben Monaten nach ihrer vollständigen Impfung verabreicht bekommen haben. Bei Menschen ab 65 Jahren, die bereits seit Längerem zu einer Boosterimpfung aufgerufen sind, gilt die neue Regelung ab dem 15. Dezember, für Menschen ab 18 Jahren ab dem 15. Jänner.

Nur mit dem Gesundheitspass, einem 3-G-Nachweis von Impfung, Genesung oder CoV-Test, können die Menschen in Frankreich Restaurants und Veranstaltungen besuchen und per Flugzeug und Fernzug verreisen.

Auch in Frankreich verschlechtert sich die Lage seit mehreren Wochen wieder. Zuletzt lag die 7-Tage-Inzidenz, also die Zahl der registrierten Neuinfektionen binnen einer Woche auf 100.000 Einwohner, bei rund 200.

Quelle: <https://orf.at/stories/3237990/>

